



Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK
Kochergasse 6
3003 Bern

Liestal, 26. April 2018

Stellungnahme der Nordwestschweizer Regierungskonferenz zum Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2019 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) dankt für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2019 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr Stellung nehmen zu dürfen. Die NWRK umfasst die Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura. Entsprechend bezieht sich die Stellungnahme summarisch auf diese Gebiete. Für detaillierte Auseinandersetzungen mit den einzelnen Programmen verweisen wir auf die Stellungnahmen der Trägerschaften von AggloBasel, Solothurn, AareLand, Limmattal, Delémont und Aargau-Ost.

Agglomerationsprogramm Basel

Die NWRK ist erfreut über die grundsätzlich positive Bewertung des Agglomerationsprogramms Basel der 3. Generation. Sie schliesst sich allerdings den Forderungen des Vereins AggloBasel an, der auf Schweizer Seite von den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn getragen wird. Die Kantone verweisen auf die entsprechende Vernehmlassungsantwort vom 23. April 2018.

Insbesondere fordert die NWRK, dass der Vollanschluss Aesch an die A18 in den A-Horizont der 3. Generation aufgenommen wird. Ebenso soll die Massnahme «Tram Klybeck-Kleinhüningen» als A-Projekt priorisiert werden. Diese ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung von zusätzlichem Wohn- und Arbeitsraum in der Kernstadt.

Aus Sicht der NWRK ist das Agglomerationsprogramm Basel ein wertvolles Instrument zur grenzüberschreitenden Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in der trinationalen Agglomeration Basel. Gemäss den aktuellen Prognosen werden die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsplätze in der Agglomeration in den kommenden Jahrzehnten deutlich zunehmen. Damit steigen auch die Ansprüche an die Verkehrsinfrastruktur, die bereits heute stark ausgelastet und häufig überlastet ist. Die Massnahmen des Agglomerationsprogramms Basel der 3. Generation leisten einen wichtigen Beitrag zur Optimierung und zum Ausbau der Strassen- und Schieneninfrastruktur.

Weitere Agglomerationsprogramme der Nordwestschweiz

Die NWRK bedankt sich für die Aufnahme der Programme Solothurn, AareLand und Limmattal in den Bundesbeschluss.

Hingegen bedauert die NWRK, dass die beiden Agglomerationsprogramme Delémont und Aargau-Ost als ungenügend beurteilt wurden und fordert eine Überprüfung dieses Entscheids.

Das Agglomerationsprogramm Delémont ist ein Schlüsselprojekt für die Zukunft des Kantons Jura. Die im Programm vorgesehenen Massnahmen erlauben der Region Delémont eine Entwicklung im Gleichschritt mit den anderen Agglomerationen der Nordwestschweiz. Die Bundesmittel haben in den vergangenen Jahren massgeblich dazu beigetragen, dass eine dynamische, gemeindeübergreifende Zusammenarbeit entstehen konnte. Wenn das Agglomerationsprogramm Delémont künftig nicht mehr vom Bund unterstützt wird, droht diese Zusammenarbeit zu verschwinden und die Dynamik in der Region im Keim zu ersticken. Die negative Beurteilung des Bundes ist für die NWRK nicht nachvollziehbar. Die Qualität des Agglomerationsprogramms Delémont ist ausgewiesen und die Kosten sind bescheiden.

Auch der negative Entscheid bezüglich des Agglomerationsprogramms Aargau-Ost ist aus Sicht der NWRK unverständlich. Der Ostaargau mit den Kristallisationspunkten Baden, Bremgarten, Brugg, Lenzburg und Wohlen ist ein äusserst dynamischer Raum. In allen Teilbereichen stehen wichtige Verkehrsinfrastrukturmassnahmen an, welche die Siedlungsentwicklung nach innen unterstützen, so zum Beispiel im Bereich Bahnhof Lenzburg. Das Generationenprojekt OASE verfolgt einen gesamtverkehrlichen Ansatz. Die Bewertung dieses ganzheitlichen Ansatzes «OASE» wie auch der weiteren Projekte – darunter die gesamtheitliche Planung der zentralen ÖV-Drehscheibe Lenzburg – entspricht den Anforderungen des Bundes vollumfänglich.

In diesem Sinne fordert die NWRK, dass die Agglomerationsprogramme Aargau-Ost und Delémont erneut geprüft und zur Mitfinanzierung durch den Bund beantragt werden.

In der Hoffnung, Ihnen mit den vorliegenden Ausführungen zu dienen, verbleiben wir mit freundlichen Grüssen,

Nordwestschweizer Regierungskonferenz



Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin Basel-Stadt
Konferenzpräsidentin



Aline Masé
Konferenzsekretärin